



Frauenrechte

Die Übergangsregierung nach 2019 brachte wichtige Fortschritte, darunter die Abschaffung der frauenfeindlichen „Public Order Laws“ und die Kriminalisierung weiblicher Genitalverstümmelung (FGM). Geschlechtsspezifische Gewalt, Kinderehen und Diskriminierung bleiben jedoch verbreitet. Traditionelle, patriarchale Normen behindern die Gleichstellung in Bildung, Arbeit und Politik. Viele Mädchen brechen die Schule frühzeitig ab. Frauen sind in der Wirtschaft stark unterrepräsentiert und oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig. Der Militärputsch 2021 hat viele Errungenschaften für Frauenrechte gefährdet und zu verstärkter Repression und Gewalt gegen Frauenrechtlerinnen geführt. Im anhaltenden Konflikt werden Frauen häufig Opfer sexualisierter Gewalt.



LGBTQI+-Rechte

Die Rechte von LGBTQI+-Personen sind massiv eingeschränkt. Homosexualität ist strafbar und kann mit lebenslanger Haft geahndet werden. Es existieren keine rechtlichen Schutzmechanismen gegen Diskriminierung. Gewalt, Stigmatisierung und soziale Ausgrenzung sind für viele Betroffene Alltag. LGBTQI+-Personen werden von den Behörden aktiv verfolgt. Es kommt zu Polizeigewalt, willkürlichen Verhaftungen und Misshandlungen. LGBTQI+-Rechte blieben auch bei den Reformen der Übergangsregierung unbeachtet. Seit dem Militärputsch 2021 verschlechterte sich die Lage.



Presse- und Meinungsfreiheit

Die Presse- und Meinungsfreiheit sind stark eingeschränkt, insbesondere seit dem Militärputsch 2021. Die meisten Medien unterliegen staatlicher Kontrolle oder starkem militärischem Einfluss. Kritische Berichterstattung zieht oft Verhaftungen nach sich. Journalist*innen sehen sich nicht nur physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt, sondern auch Diskriminierung und einem Mangel an Regierungstransparenz. Internationale Organisationen wie Reporter ohne Grenzen verurteilen diese Zustände regelmäßig. Der Sudan lag 2024 auf Platz 149 von 180 im weltweiten Pressefreiheitsindex – ein Ausdruck der anhaltenden Unterdrückung.



Für Menschenrechte. Weltweit.

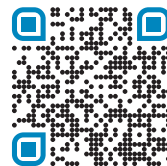


Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel.: 0551 49906-0
E-Mail: info@gfbv.de • www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN
und mitwirkendem Status beim Europarat

SCANNEN & SPENDEN!



Geprüft + Empfohlen!

Länderportrait Sudan



Stand: Februar 2025, Produktion und Text: Elena Deltmuth, Layout: Tanja Wiczorek



Gesellschaft für bedrohte Völker

Länderportrait Sudan

Hauptstadt: Khartum

Fläche: 1.886.000 km²

Bevölkerungszahl: 48,11 Mio (2023)

Staats- und Regierungsform:
Bundesrepublik unter der Herrschaft
einer Militärjunta

Amtssprachen: Arabisch und Englisch

Der Sudan ist ein nordostafrikanisches Land mit einer komplexen politischen Geschichte, die von jahrzehntelangen Konflikten, Diktaturen und Umbrüchen geprägt ist. Auch nach der Unabhängigkeit des Südsudan im Jahr 2011 bleibt der Sudan von inneren Konflikten, wirtschaftlicher Instabilität und Menschenrechtsverletzungen betroffen.

Mit über 70 ethnischen Gruppen und einer Vielzahl von Sprachen ist der Sudan kulturell vielfältig. Der Nil, zentral für die Landwirtschaft, ist durch Wüstenbildung und Klimawandel als Lebensader zunehmend gefährdet. Darüber hinaus verfügt der Sudan über bedeutende Ressourcen wie Gold und Öl, die globale Begehrlichkeiten wecken. Politisch ist das Land von Machtkämpfen geprägt. Mit einer friedlichen Revolution wurde 2019 der langjährige Diktator Omar Al-Baschir gestürzt. Eine Übergangsregierung sollte Reformen umsetzen. Doch dem setzte 2021 ein Militärputsch ein vorzeitiges Ende. Seit April 2023 tobt ein brutaler Krieg zwischen der sudanesischen Armee (SAF) und den Rapid Support For-

ces (RSF) sowie verbündeten Milizen. Waffenlieferungen aus unterschiedlichen Staaten heizen die Gewalt weiter an. Der Krieg hat eine der weltweit größten humanitären Katastrophen verursacht und ist von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen sowie Völkermordverbrechen gegen bestimmte ethnische Gruppen geprägt.

Menschenrechte-Check:



Politische Rechte

Die politischen Rechte der sudanesischen Bevölkerung sind stark eingeschränkt. Seit dem Militärputsch 2021 sind zivilgesellschaftliche Organisationen sowie oppositionelle Gruppen Repressionen ausgesetzt. Wahlen sind derzeit nicht geplant und die militärische Führung zeigt wenig Interesse an einer Rückkehr zu einem zivilen Regierungssystem. Korruption und Patronage dominieren die Machtstrukturen. Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Frauenorganisationen und Nachbarschaftskomitees versuchen, die Bevölkerung im Krieg zu schützen und kämpfen um politische Teilhabe. Doch der Krieg hat die Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung vorerst zunichte gemacht.



Ethnische und religiöse Minderheiten

Der Sudan zeichnet sich durch eine große ethnische und kulturelle Vielfalt aus. Die Rechte ethnischer und religiöser Gruppen variieren stark. Minderheiten wie die Nuba, Fur, Masalit und Beja erfahren häufig Diskriminierung und Gewalt und werden im laufenden Krieg gezielt angegriffen. Auch religiöse Minderhei-

ten, darunter Christ*innen und Anhänger*innen traditioneller Glaubensrichtungen, sind von Marginalisierung und Repression betroffen. Rund 90% der sudanesischen Bevölkerung sind Muslim*innen, überwiegend sunnitischer Prägung. Christ*innen machen etwa 5–10% der Bevölkerung aus. Die Übergangsverfassung von 2019 sah Gleichheit und die Abschaffung diskriminierender Gesetze vor. Seit dem Militärputsch von 2021 und im Krieg verschärft sich die Lage der Minderheiten erneut.



Religionsfreiheit

Trotz der Abschaffung der Todesstrafe für Apostasie (Abwendung von einer Religionszugehörigkeit) im Jahr 2020 ist die Religionsfreiheit eingeschränkt. Der Islam prägt weite Teile des gesellschaftlichen und rechtlichen Systems und nicht-muslimische Gemeinschaften sehen sich häufig Diskriminierung und Übergriffen ausgesetzt. Die Übergangsregierung nach 2019 erklärte den Sudan zu einem säkularen Staat. Sie begann, ein pluralistisches System zu entwickeln, das die Rechte nicht-muslimischer Minderheiten stärkt. Der Militärputsch von 2021 brachte diese Reformen weitgehend zum Erliegen.

Flagge des Sudan

